



Antrag

Vorlage: AT/0037/2025		Datum: 14.03.2025	
Verfasser: 04-Ratsfraktion AfD		Az.:	
Betreff:			
Antrag: Tradition, Zukunft und Verteidigungsfähigkeit: Ausbau und Aufwertung von Koblenz als Garnisonsstadt und Standort von Wehrbehörden entschlossen unterstützen!			
Gremienweg:			
27.03.2025	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	

Beschlusstwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt:

1. Proaktiv für das Jahr 2026 und folgende Jahre anzustreben, dass wieder öffentliche Gelöbnisse und Zapfenstriche in Koblenz stattfinden, damit gerade am Traditionsstandort Koblenz die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Verteidigung Deutschlands geschärft werde (BMVgAVLV33989, S.7),
2. Sich proaktiv im Rahmen der Schulträgerschaft dafür einzusetzen, dass Jugendoffiziere regelmäßig Koblenzer Schulen besuchen und dort in Vorträgen auf die Sicherheitslage einerseits und die Karrieremöglichkeiten andererseits jugendgerecht hinweisen können,
3. Ein Konzept für eine kostenschonende Werbekampagne (Plakate, soziale Medien) zu erarbeiten, welche die Wertschätzung der Bundeswehr und die Verbundenheit zwischen Stadt und Truppe in der Koblenzer Öffentlichkeit schwungvoll zum Ausdruck bringt,
4. Sich proaktiv, prioritär und perspektivisch wirksam dafür einzusetzen, dass Koblenz zukünftig in Richtung eines herausragenden Bundeswehrstandortes ausgebaut und öffentlich wahrnehmbar aufgewertet wird,
5. Eine Informationsveranstaltung durchzuführen, um die Koblenzer Öffentlichkeit über die Standortplanungen des BMVg unter Beachtung des Sicherheitsaspektes zu informieren,
6. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung und unter Hinzuziehung entsprechender Ressourcen ein Konzept zu entwickeln, wie Koblenz als wirtschaftlich und institutionell begünstigter Standort bei Firmen der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie zum Zwecke der Ansiedlung auf sich wirksam aufmerksam machen kann,
7. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung und unter Hinzuziehung entsprechender Ressourcen ein Konzept zu entwickeln, wie Koblenz als wirtschaftlich und institutionell begünstigter Standort sich bei Verbänden der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie zum Zwecke der Veranstaltung von Messen auf sich aufmerksam machen kann,
8. Sich dafür einzusetzen, dass die Mitglieder des Rates sich u.a. im Rahmen der nächsten „RüNet“ (o.ä.) über die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie informieren und dort mit einer offiziellen Delegation in Erscheinung treten können.

Begründung:

„Wer den Frieden wünscht,
bereite den Krieg vor.“
(nach Vegetius, De re militari III)

Die AfD-Fraktion hat im Rat viele Male ihre Verbundenheit mit den Soldaten der Bundeswehr bekundet. Daher erfüllt uns der Zustand der Truppe mit besonders großer Sorge. Angesichts der außenpolitischen Gesamtlage, setzt sich langsam wieder der Gedanke durch, dass ein Staat die geistigen und materiellen Grundlagen für eine zukunftsfeste Landesverteidigung schaffen und vorhalten muss. Leider – so aktuelle Umfragen – sind nur 18 Prozent der Deutschen bereit, ihr Land zu verteidigen. Es fehlt also am geistigen Fundament der Landesverteidigung, denn: ohne Wehrwillen werden sich alle Mittel – mögen sie auch noch so hoch angesetzt sein – schließlich als sinn- und zwecklos erweisen. Dass nun immerhin ein wenn auch vorerst zaghaftes, zögerliches und noch wenig entschlossenes Umdenken stattfindet, begrüßen und fördern wir.

Bereits im Mai 2023 hat die AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz (18/6274) zahlreiche Maßnahmen beantragt, die darauf abzielten, es der Bundeswehr zu erleichtern, in unseren Schulen auf sich aufmerksam zu machen und sich als Armee des Parlaments vorzustellen – im Sinne der Darlegung des Verteidigungsauftrags aber auch zum Zwecke der Nachwuchsgewinnung bzw. Rekrutierung. Zum Beispiel durch die Verpflichtung der Schulleitungen, Jugendoffiziere regelmäßig einzuladen und ihnen ausreichend Raum für Vorträge zu schaffen.

Unsere in Vorbereitung des Antrags gestellten Anfragen ergaben, dass im Schuljahr 2021/2022 Jugendoffiziere nur an elf Prozent (!) der weiterführenden Schulen zu Gast waren, in zehn der 36 Kreise in Rheinland-Pfalz war überhaupt kein Jugendoffizier an einer Schule. Die Betrachtung der Schuljahre davor förderte ein ähnliches Ergebnis zu Tage.

Zahlen und Umstände sprechen für sich.

Wir begrüßen deshalb die erst kürzlich eingereichte Große Anfrage der Landtagsfraktion der CDU (Drucksache 18/11514), die auf die Stärkung der Bundeswehr abzielt. Bemerkenswert sind die Fragen 11 bis 22, die ebenfalls die mangelhafte Berücksichtigung von Jugendoffizieren an unseren Schulen kritisch reflektieren.

Standort Koblenz:

Laut Antwort auf eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion (Drucksache BMVgAVLV33989) sind für Koblenz u.a. Investitionen im großen Umfang geplant. Hieraus ergibt sich eine große Chance für unsere Stadt. Ebenso aus der Tatsache, dass das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) nicht nur in Koblenz ansässig ist, sondern „räumlich-bautechnisch weiterentwickelt“ (S.4) werden soll.

Damit in Zusammenhang steht die übergeordnete Chance, sich als Standort der modernen Verteidigungsindustrie zu profilieren und Unternehmen mittels kluger Standortpolitik auf Koblenz aufmerksam und hier ansässig werden zu lassen. Wir verweisen auf die Rüstungsmesse „RüNet“, die vom nationalen Rüstungsdirektor des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) im September 2024 eröffnet wurde. Grundsätzlich nämlich gilt: „Die Bundeswehr ist auf eine professionelle Zusammenarbeit mit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zwingend angewiesen“ (BMVgAVLV33989, S.8).

Finanzielle Auswirkungen: offen.

Auswirkungen auf den Klimaschutz: -